

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien

E-mail: ggae@gmx.at

www.atomgegner.at

Nummer 1, März/April 2011

Redaktionsschluss 23.3.2011

Der Super-GAU in Japan zeigt:

Die Atomindustrie geht über Leichen!

In Japan, dessen Bevölkerung dreifach geschlagen ist durch Erdbeben, Tsunami und Atom-Super-GAU, wird von Regierung und AKW-Betreiberkonzern Tepco (Tokyo Electric Power Company) gelogen, vertuscht, verschleiert, beschwichtigt, dass sich die Balken biegen. Schon seit Jahren fälschte Tepco Dokumente, täuschte Reparaturen vor, ließ radioaktive Strahlung entweichen und passierten tödliche Unfälle.

Es herrscht eine AKW- und Meinungsdictatur: Während gesagt wird, man hätte die Reaktoren unter Kontrolle, werden ganze Gebiete evakuiert, sind Lebensmittel verstrahlt und steigt die Radioaktivität in der Luft. Angeblich weiß keiner, ob die Kernschmelze schon eingetreten ist. Die japanische Bevölkerung wird immer höherer radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Der Super-GAU in 3 bis 6 AKW ist im Gange! Plutonium, von dem ein paar Milligramm eingeatmet tödlich sind, wird freigesetzt und hat eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren!

Die alte Lüge von „neuen“ AKW „Sicherheitsstandards“

Der Super-GAU von Japan ist erst ein paar Tage alt, das ganze Ausmaß noch gar nicht ersichtlich und schon wird – nach den Strategen der Atomkonzerne und der internationalen Atomlobby wie IAEA, EURATOM, WHO und ihrer Handlanger in der Politik – wieder davon geredet, AKWs in Zukunft „sicherer“ zu machen.

Das wurde den Menschen schon nach Harrisburg (USA 1979) und noch mehr nach

Tschernobyl (Ukraine 1986) versprochen. Geschehen ist nichts, im Gegenteil: AKWs wurden nachgerüstet, Laufzeiten schrottreifer AKWs wurden verlängert und AKW-Neubauten beschlossen. Zudem gab sich die AKW-Mafia zuletzt noch „grüner als grün“ indem sie sich als „Klimaretter“ hinstellte. Die Atomunfälle werden aber immer schwerer und verheerender und demonstrieren in trauriger Gewissheit: Es gibt keine sicheren AKW!

Beim Super-GAU von Fukushima, wo bei 3 der 6 Reaktoren die Kernschmelze anzunehmen ist, wird (noch immer) behauptet: Tschernobyl war schlimmer. So erfährt man erstmals öffentlich, dass dort 3,9 Millionen km²radioaktiv verseucht wurden, 35.000 Menschen starben und 4,5 Millionen Menschen bisher als Opfer anerkannt wurden. Welcher Zynismus der Atompropagandisten. Faktum ist: mit den 443 AKWs weltweit – davon 143 in der EU, viele davon nur hunderte Kilometer rund um Österreich – stellt die Atomindustrie eine tägliche tödliche Bedrohung von Millionen von Menschen dar. Für ihre Profite ist diese Atommafia samt ihren politischen Handlangern bereit, schon in Friedenszeiten über Leichen zu gehen – im Osten wie im Westen.

Damals wie heute dient das Sicherheitsgerede als Deckmantel für das tödliche Atomgeschäft. Neuester tödlicher Schmah: „AKW-Stresstest“, der dann so ausgeht wie bei den Banken: die Gewinne sprudeln weiter und die Bevölkerung zahlt Milliarden für die Folgen. Damit muss endlich Schluss sein!

Politiker, Teil der Atommafia

All die Politiker, egal welcher Partei, die jetzt so betroffen oder empört tun, sind unglaublich. Um ihrer Posten und Privilegien willen, haben sie Gesetze beschlossen, die der Atomindustrie genehm sind. Politiker sitzen in den Direktionsetagen von Atom- und Stromfirmen sowie in AKW-Baukonzernen wie z.B. auch die österreichischen Ex-Politiker (Ex-VP-Kanzler Schüssel im deutschen Atomkonzern RWE mit einem Jahreslohn von 117.000 Euro, Ex-SP-Kanzler Gusenbauer im Baukonzern STRAGBAG, der auch bei AKW mitbaut). Die Politiker haben die Atomindustrie jahrzehntelang mit Milliardenbeträgen aus Steuergeldern aufgepäppelt. Die Politiker sind mit der Atommafia auf das Engste verfilzt – die immer wieder auffliegenden Bestechungs- und Schmiergeldzahlungen sind Beweis dafür.

Der Profit ist alles – der Wille, die Gesundheit und das Leben der Menschen nichts!

„Atomkraft war und ist heute mehr denn je ein weltumspannendes Geschäft, mit dem einige wenige Staaten und Konzerne Jahr für Jahr Milliarden einnehmen. Ein Geschäft, das zugleich der Durchsetzung geopolitischer Interessen dient und tief in den militärischen Komplex hineinreicht“, muss jetzt sogar „profil“ (Nr. 17/11) zugeben und beziffert das AKW-Geschäft so: „Allein in Europa dürften ... jährlich 200 Milliarden Euro mit der Erzeugung und dem Verkauf von Kernenergie, der Aufbereitung und Deponierung von Atomabfall umgesetzt werden.“

Für die älteren – und in den nächsten Jahren zur Stilllegung anstehenden – AKW allein in Deutschland ergeben sich „Zusatz“erträge von durchschnittlich 200 bis 300 Millionen Euro jährlich, für die neueren Anlagen summieren sich die jährlichen Zusatzprofite auf 300 bis 400 Millionen Euro. Über alle (aktuell noch betriebenen) AKW und alle Betreiber summieren sich diese Profite für jeweils ein Jahr Laufzeitverlängerungen auf ein Gesamtvolumen von 4,6 bis 6,2 Milliarden Euro!

AKW-Strom – unbezahlbar tödlich

Die Atombetreiber sagen trotz Super-GAU von Fukushima: gibt es keinen Strom aus AKW, wird Strom teurer. Dabei ist Strom aus Atom am teuersten: Laut Studien für Deutschland beträgt die bisherige Subventionierung der AKW-Konzerne über 200 Milliarden Euro, die künftigen bereits festgelegten Förderungen machen nochmals 100 Milliarden aus. Die künftigen Abwrackkosten der dzt. in der EU laufenden AKWs wird mit ca. 500 Milliarden Euro beziffert. Die Kosten der nicht gelösten Atomabfall-Endlagerung und von Schäden durch Atomunfälle sind da gar nicht eingerechnet. Die Versicherungen schätzen die Atomgefahr so hoch ein, dass sie AKWs gar nicht versichern. Passieren Unfälle, zahlt die Allgemeinheit. Müsste die Atommafia dafür selbst bezahlen, also haften, würde sie auf der Stelle zusperren. So macht die fehlende Haftpflichtversicherung für zu erwartende Folgekosten eines Super-GAUs bis zu unvorstellbaren 11.400 Milliarden Euro aus. Damit wäre Atomstrom bis zu 2,7 Euro je Kilowattstunde teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig.

Österreich: Im Anti-Atom-Mantelchen weiter für die Atomlobby aktiv

Die ÖsterreicherInnen haben vor 33 Jahren NEIN zur Atomenergie gesagt. 92 % sind aktuell gegen die Atomenergie. 75 % (lt. Umfragen noch vor dem Super-GAU in Japan) wollen einen Austritt Österreichs aus der EU-Atomlobby-Organisation EURATOM. Doch die Industrie, Elektrizitäts-, Metall- und Baukonzerne und die Politik machen weiter eine Pro-Atompolitik: Österreich zahlt jährlich Millionen Euro an EURATOM, finanziert und beherbergt die internationale Atomlobby-Agentur IAEA. Jährlich gibt es Millionen für die Atommafia, aber für Bildung und Gesundheit ist angeblich kein Geld da.

Will Österreich wirklich etwas gegen die Atommafia tun, kann es das sehr schnell: RAUS aus EURATOM und IAEA. Österreich betreibt keine Anti-Atom-Politik, sondern Beschwichtigung und Vertröstung auf ein EU-Volksbegehren. Doch Österreich kann entsprechende dem NEIN-Volksentscheid von 1978 gegen die Atomkraft sofort tätig werden: Es gibt keine Ausreden mehr !!!

Ein Atomausstieg ist möglich – nur die Profitmacherei steht dem entgegen

Der Anteil der Kernenergie am weltweiten Energieverbrauch macht nur ca. 3 % aus! Die Menschen können ohne den AKW-Strom leben – die Atomprofit-Konzerne nicht!

- **Gegen das tödliche Atomgeschäft und Kriegsvorbereitungen in West und Ost**

- **Harrisburg – Tschernobyl – Fukushima zeigen: Profit geht über Leichen**
- **Kein weiterer Aufschub: Für die Stilllegung aller AKW**
- **Raus aus EURATOM und IAEA**
- **Für eine ökologische Energiewende**



Wien, 22. März 2011

“Wegwerfarbeiter” in Japans AKWs

„Arme Teufel“ nennen sie die einen, „Helden“ die anderen: zumindest 50 sollen nun Japan — und die ganze Welt — vor der tödlichen Radioaktivität schützen. Doch sie sind offenbar seit Jahrzehnten Teil des ganz “normalen” Arbeitsalltags in (japanischen) Atomkraftwerken und werden dort “Wegwerfarbeiter” genannt.

In der “aktuellen Stunde” vom 17.3. des WDR (1) berichtet Korrespondent Robert Hetkämper, dass der AKW-Betreiber Tepco seit Jahrzehnten für gefährliche Arbeiten

gerne Obdachlose, Gastarbeiter, Arbeitslose und sogar Minderjährige heranzieht. “Wegwerfarbeiter” würden sie in Japan genannt, weil sie, wenn sie “halbwegs verstrahlt” seien, einfach wieder gefeuert würden, wie der Journalist von einem Japanischem Arzt erfuhr. Eine schamlose, menschenverachtende Ausbeutung von Menschen, die keine andere Arbeit bekommen Für den aktuellen Katastrophenfall gehen ExpertInnen davon aus, dass keine 50 “freiwillig Helden”, sondern 100.000 oder mehr gebraucht werden – Überlebenschancen

haben sie so gut wie keine, meint Atomphysiker Horst Ellgering im WDR-Beitrag: "Das, was man sieht, lässt darauf schließen, ihre Überlebens-Wahrscheinlichkeit nimmt von mal zu mal ab - und der Strahlentod ist nicht schön."

Die Journalistin Astrid Hoube schließt ihren WDR-Bericht mit den Worten: "Ohne Menschen lässt sich die Katastrophe in Japan

nicht bekämpfen. Man braucht Helden, die wissen, dass sie ihr Leben riskieren und die dazu bereit sind. Die Frage ist nur: Gibt es diese Menschen wirklich? Und, wie freiwillig ist freiwillig?" Bleibt nur die Frage anzuschließen: Wie freiwillig macht jemand die "Schmutzarbeit" im AKW-Normalbetrieb?

(Klaudia Paiha auf die alternative.org – aus akin 8/2011)

Fahrlässiger Uranabbau

Beim Uranabbau im westafrikanischen Staat Niger legt der französische Staatskonzern AREVA nahezu keinen Wert auf Sicherheitsvorkehrungen und Umweltschutz. Messungen in den Städten Arlit und Akogan haben ergeben, dass vier von fünf Wasserproben mehr Uranspuren enthielten, als es die Richtwerte der WHO vorgeben. Strahlendes Erdreich habe bei Straßen- und Häuserbauten Verwendung gefunden und radioaktiv verseuchte Metallteile seien auf die Märkte des Landes gelangt. Der Vorsitzende der einheimischen Nicht-Regierungs-

Organisationen dazu: „Die Radioaktivität fordert Opfer und verschlimmert die Armut, weil wir jeden Tag der Strahlung ausgesetzt sind. Wir sind umgeben von kontaminierter Luft, vergiftetem Wasser und vergifteten Böden.“

Die Atomlobby geht über Leichen. Hauptsache die Kasse und der Profit stimmen.

Die Menschen sind ihnen egal! Dringender Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ist das Gebot der Stunde und ist, entgegen den Beteuerungen der Atomlobby, auch möglich!

JA zur Neutralität – NEIN zu Berufsheer und EU-Kampftruppen

Die EU-Staaten rüsten auf – und Österreich soll mitmachen

All das Gerede um das Bundesheer soll unter allen Umständen das einzig Wichtige nicht bekannt werden lassen: Alle(!) Parteien verschweigen, dass Österreicher im Rahmen der Teilnahme an den EU-Kampftruppen (Battlegroups), einer Truppe für Angriffskriege, für die Milliarden Profite der großen Konzerne wieder in den Krieg ziehen soll. Das geplante Berufsheer dient dieser Aufrüstung, nicht unserem Schutz. Die Kosten dafür, mindestens 4 statt 2 Milliarden Euro, zahlt die breite Masse der ÖsterreicherInnen, den Profit haben die Konzerne, während uns noch weitere Belastungen bzw. Einsparungen drohen.

Reichtum, Rüstung, Krieg

Schon nach der Weltwirtschaftskrise haben die Banken, ihre Aktionäre, die großen Konzerne und Versicherungen weitere hunderte Milliarden von den Staaten, d. h. von uns bekommen, damit sie weiter noch profitabler ihr Geld vermehren können. (2010 erhielten Österreichs Banken 10 Milliarden plus Haftungen über 20 Milliarden!) Und in ganz Europa rollte die Belastungswelle. Bei uns kam es zu neuen Steuer- u. Preiserhöhungen und insbesondere zu Kürzungen für Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, bei Schulen, Sozialeinrichtungen, bei Arbeitslosen, Studierenden usw. Das neue Budget schröpft die Masse der Bevölkerung um weitere 11 Milliarden Euro bis 2014. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Österreichs 39.000 Millionäre besitzen heute schon 550

Milliarden Euro. Und die 500 größten Multis der Welt kontrollierten 2009 52% des Weltbruttosozialprodukts, 94% dieser Konzerne handeln mit spekulativen Finanzprodukten, weil diese ja Gewinne von 10%, 20% und mehr bringen. Es gibt eben kein gutes reales Kapital und ein „böses“ spekulatives Finanzkapital, es gibt nur das Kapital, nach dessen Pfeife die Regierungen tanzen. Mit unseren Steuermilliarden wurde vor allem den Banken in Griechenland „geholfen“, nun den Banken, d.h. ihren Aktionären in Irland. Welches Land kommt als nächstes dran: Portugal, Spanien?

Doch über die ungeheure Ausplünderung in Friedenszeiten hinaus, werden nun auch die Menschen in Europa immer mehr über Rüstungsfinanzierung und Kriegsvorbereitung für das Finanzkapital zur Kasse gebeten! Denn die europäischen Herrschenden brauchen Geld für ihre Kriege, teils mit den USA und teils in Konkurrenz zu den USA. Österreich soll dabei als EU-Mitglied mitmachen.

Mit einem Berufsheer zu neuen Kriegen

Dazu soll auch bei uns, wie vor kurzem in Deutschland beschlossen, ein Berufsheer installiert werden. Wiens Bürgermeister Häupl, Bundeskanzler Faymann, das BZÖ, die Grünen aber auch gewichtige Teile der ÖVP und der FPÖ, sind für die Abschaffung der Wehrpflicht und für ein Berufsheer, auch wenn aus wahltaktischen Gründen derzeit ÖVP und FPÖ so tun als wären sie für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Da 80% der Österreicher für die Beibehaltung der Neutralität sind, wird jetzt sogar behauptet, dass ein Berufsheer mit der Neutralität vereinbar sei. Das ist nicht wahr! Nur mittels eines Berufsheers kann die Regierung die EU-Militär-Vorgaben der Teilnahme an den EU-Kampftruppen, den sog. Battlegroups, erfüllen. Das bestehende Bundesheer auf Basis der Wehrpflicht, das Verteidigungs-Katastrophenschutzaufgaben zu erfüllen hat, ist für die für Angriffskriege zum Schutz von Konzerninteressen geplante EU-Kampftruppen nicht geeignet. Zudem ist einem sich aus der Bevölkerung zusammen gesetzten Wehrpflichtigenheer samt Miliz Kriegsteilnahme fernab von Österreich schwerer schmackhaft zu machen und vor der Bevölkerung schwerer zu rechtfertigen, als wenn Soldaten in einem Berufsheer, die

sich ja „freiwillig“ dazu gemeldet haben, in Kriegen irgendwo auf der Welt, angeblich zur Verteidigung auch österreichischer Interessen, sterben.

Das sind die Hintergründe, warum auf einmal ein Berufsheer her soll. Was die Betreiber zum Zweck der Ablenkung gerne als „Freiwilligenheer“ bezeichnen, ist vor allem ein sündteures **Prof(i)t**heer – nicht zum Schutz der Bevölkerung, sondern zum Schutz der Konzernprofite auf der Welt.

Für die Herrschenden ist ein Berufsheer auch ein Instrument, das für den Fall des Falles auch gegen die jeweils eigene Bevölkerung eingesetzt werden kann, wenn sich diese gegen weiteren Sozial- und Demokratieabbau zur Wehr setzt. Ein auf der Wehrpflicht basierendes Bundesheer ist dafür – schon aus Österreichs Geschichte heraus (Bürgerkrieg 1934) – nicht so leicht zu verwenden wie ein Berufsheer.

Gleichzeitig hofft die Regierung mit der Einführung eines Berufsheers die Neutralität ohne größeren Widerstand der ÖsterreicherInnen entsorgen zu können!

Die grundsätzliche Teilnahme an den EU-Kampftruppen hat Österreichs Regierung still und heimlich schon 2004 unter der schwarz-blau-orangen ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierung ganz ohne jegliche Volksbefragung und mit Duldung aller Parteien – also auch von SPÖ und Grünen – beschlossen. Das zeigt, dass alle Parteien für die Einbeziehung Österreichs in mögliche EU-Kriege waren und sind! Sie stehen alle an der Seite der Herrschenden und Kriegstreiber und im krassen Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung!

EU im Gleichklang und in Konkurrenz mit den USA im Krieg um die Weltherrschaft!

Schon 1999 hat die EU die Entscheidung gefällt, eine EU-Eingreiftruppe, in Form von Kampftruppen für globale Krisen- und Kriegseinsätze, verharmlost als „Frieden schaffende Maßnahmen“ bezeichnet, aufzustellen. 10 Jahre danach hat die EU schon 22 Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in verschiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Es ist unglaublich aber wahr: Der frühere Leiter der EU-Sicherheits- u.

Außenpolitik J. Solana schreibt ganz offen in der im November 2009 erschienenen offiziellen

EU-Militär-Strategie-Studie für 2020:

„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mittel bereitstellen.“... „Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen“... „Die USA und EU müssen in ihren Plänen gemeinsam vorgehen.. Jedoch in den Fällen, in denen die USA die NATO nicht zum Krisenmanagement einsetzen will, brauchen die Europäer die Kapazität, alleine zu handeln...“

Im Übrigen sind die meisten in der neuen EU-Strategie Studie angeführten Bedrohungen identisch mit denen, die schon in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA im September 2002 veröffentlicht wurden. Und T. Ries, ein weiterer Autor aus der Strategiestudie:

„Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen...ökonomischen Flusses“...„Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“... „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“... „Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“...„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“...„Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ Link zur Strategiestudie:

www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf

Das bedeutet, die EU rüstet mit den USA gegen Russland und wie sich zeigt, gegen China, denn wenn sie Nordkorea und Burma, zwei Staaten, die an China grenzen und mit

ihm kooperieren, aufs Korn nimmt, meint sie letztlich China. Auch das Seemanöver der USA erst mit Südkorea und danach das größte gemeinsame Marinemanöver der USA mit Japan (44.000 Soldaten, 60 Schiffe, 400 Kampfflugzeuge) zeigten das deutlich.

Der Krieg gegen Russland bis hin zu seiner möglichen Zerschlagung ist auch schon lange Teil der US-Weltherrschaftsdoktrin, die der frühere Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brezinski, 1999 formuliert hat. („Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“) Diese Pläne hat G.W.Bush direkt zum Ziel seiner Politik genommen und Barak Obama setzt sie fort! Brezinski ist im Übrigen ein Berater von Obama.

Das EU-Strategiepapier zeigt, die EU-Militärmacht soll ausgebaut werden, um direkt militärisch für die transnationalen Konzerne, d. h. für das Finanzkapital, Kriege zu führen, Kriege, die bis hin zu einem Weltkrieg führen können! Die Strategiestudie, die offizielle Stellungnahme der EU, ist ein klares Bekenntnis zur Kriegspolitik.

Österreich soll als EU-Mitglied dabei mitmachen. Deshalb gibt es nun verstärkt die Debatte um das Bundesheer. Unsere Herrschenden wollen unsere Jugend direkt für die EU- Großmächte, für die Interessen des Großkapitals, kämpfen und sterben schicken! Schon zweimal sind im letzten Jahrhundert sind Österreicher für die Interessen von Großmächten marschiert und gestorben. Darüber hinaus sollen dann, im Kriegsfall, doch auch wieder alle „wehrfähigen“ Österreicher eingezogen werden.

Die neuen Kampftruppen der Euro-Armee sind zum Krieg führen da.

EU-Militarisierung heißt Rüstung zum Krieg! Krieg ist das profitabelste Geschäft!

Damit werden sich auch für den militärisch-industriellen Komplex in Europa noch größere Profite auf tun. Die vier größten europäischen Rüstungskonzerne – die britische BAE, die italienische Finmeccanica, die deutsch-französisch-spanische EADS (Eurofighter-Lieferant), der französische Thales-Konzern – machten 2005 schon 40 Milliarden Euro Umsatz, das war damals neuer Rekord. 2008 waren es schon über 70 Milliarden Euro bei

770 000 Beschäftigten. 95% aller Rüstungsausgaben an die Konzerne bestehen aus staatlichen Ausgaben. Im Übrigen ist z.B. Deutschlands Waffenindustrie heute schon der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Seine Ausfuhren haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt.

Auch die Atomkonzerne sind Teil des militärisch-industriellen Komplexes. Atomraketen und Atomkraftwerke sind ja siamesische Zwillinge. Die meisten Unternehmen sind im militärischen und zivilen Geschäft tätig.

Eurofighter der erste Schritt in EU-Kriegsteilnahme, Berufsheer der nächste

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die bei EADS angekauften Eurofighter. Kostenpunkt mindestens 2 Milliarden Euro, Betriebskosten für 2011 ca. 70 Millionen, für 2013 ca. 100 Millionen! Gesamtkosten auf 20 Jahre zwischen 5 und 6 Milliarden Euro! Der Eurofighter war schon die erste Milliarden schwere Vorleistung für die EU-Kampftruppen auf Kosten des Sozialstaates. Der Eurofighter ist ein Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres, Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für "Kampfeinsätze im Europäischen Verbund", mit einem

Einsatzradius "Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus" zur Verfügung zu stehen.

Bruch von Staatsvertrag und Neutralität

Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs. Im Übrigen wird ein Berufsheer mindestens das Doppelte kosten, wie die heutige allgemeine Wehrpflicht, d. h. 4 Milliarden Euro! Als Basis dafür sind 15.000 Soldaten geplant. Laut dem EU-Strategiepapier braucht es für einen einsatzbereiten Berufssoldaten jeweils drei Soldaten, also die Kosten für 45.000 Soldaten. Aus unseren Steuergeldern werden im Dienste der Multinationalen Konzerne die Kriege der Euro-Armee mitfinanziert. Ein Berufsheer bedeutet, dass noch mehr unseres Geldes in die Wirtschaft für die Militarisierung gesteckt wird, statt z.B. für Bildung, Gesundheit und Soziales.

Das Berufsheer soll der nächste Schritt sein, um Österreich in die Militärpläne der EU hinein zu ziehen. Dies ist ein klarer Bruch der Neutralität. Ein Berufsheer schützt uns nicht, sondern zieht uns in neue Kriege. Der Anschluss an das offensive EU-Militärbündnis ist mit dem Neutralitätsgesetz nicht vereinbar, das ist ein Verfassungsbruch und somit Landesverrat. Das würde de facto die Abschaffung der Neutralität unseres Landes bedeuten und uns in den Krieg um noch mehr Profite hinein ziehen.



JA zur Neutralität – NEIN zum Berufsheer

JA zum Sozialstaat – NEIN zum Konzern-, Militär- und Polizeistaat

Widerstand ist unsere Chance – Solidarität unsere Stärke

Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um die Kriegspläne der großen EU- Staaten.

Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Krieg.

Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit für die Profite der Konzerne.

Impressum/Kontakt: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Homepage: www.atomgegner.at E-Mail: ggae@gmx.at

Plattform: „Neutralität statt Berufsheer und EU-Kampftruppen!“

Die Schaffung eines Berufsheeres führt zur Einbindung Österreichs in die EU-Militarisierung und EU-Kriegspolitik. Dies macht Österreich nicht sicherer. Im Gegenteil: es macht Österreich zu einem Kriegsteilnehmer und somit auch zum Angriffsziel.

Wir lehnen diese Pläne ab. Wir verteidigen die verfassungsmäßig verankerte Neutralität und fordern die Durchsetzung einer dementsprechenden aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik. Eine allfällige Abschaffung der Wehrpflicht bedeutet keine Abrüstung.

Ob die Neutralität zukünftig bewaffnet oder unbewaffnet verteidigt wird, kann nur unter der Voraussetzung entschieden werden, dass ein Berufsheer (sogenanntes Freiwilligenheer) sowie die Mitwirkung an der fortschreitenden EU-Militarisierung verhindert werden.

Wir fordern von Bundesregierung und Nationalrat:

- Rückzug der österreichischen Einheiten von den „EU-Kampfgruppen“, keine Teilnahme am Aufbau der EU-Armee, Ausstieg aus der EU-Rüstungsagentur, keine Anbindung an die NATO.
- Stattdessen die Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität und in diesem Sinne eine Außen- und Sicherheitspolitik, die diesem Verfassungsauftrag auch gerecht wird.
- Geld für Bildung und Soziales statt Milliarden für Rüstung und Krieg.

Wer verhindern will, dass Österreicherinnen und Österreicher im Auftrag der EU-Armee in Angriffskriege ziehen, muss jetzt dagegen aktiv werden! Wir wollen eine Politik, die auf Basis der Neutralität Konflikte friedlich löst!

Deshalb:

NEIN zur geplanten Abschaffung der Wehrpflicht!

NEIN zur Schaffung eines Berufsheeres!

JA zur Neutralität!

Ich unterstütze die Plattform und bin an weiteren Informationen interessiert.

Name:

Adresse

e-mail

Name:	Adresse	e-mail

Vervielfältigen und verbreiten. Ausgefüllte U-Listen bitte an untenstehenden Kontakt schicken

Unterstützer: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg. Österreichisches Solidaritätskomitee. Solidarwerkstatt Österreich. Arge Ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie. U.a. Hubsli Kramar, Roland Düringer

Impressum/Kontakt: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. www.atomgegner.at
ggae@gmx.at

Weltgericht für die Atomlobbyisten

Die Atomlobby weiß, Atomkraftwerke sind nicht sicher, sie weiß, dass es keine „friedliche“ Atomenergie gibt, dass sie ein tödliches Risiko birgt.

Die Atomlobby und ihre Entscheidungsträger sind ja wohl - durch die Unkontrollierbarkeit dieser Technologie die GRÖSSTEN Verbrecher - etwas aus Profitgründen zu installieren was - in vollem Bewusstsein nicht kontrollierbar ist - und über Millionen Jahre diesen Planeten unbewohnbar machen kann und partiell schon gemacht hat – das ist ja mit Worten kaum zu beschreiben.

Die Namen dieser Menschen müssten überall gut sichtbar und laut vorgetragen werden.

Diese Personen sind uns allen verantwortlich und sie sollen vor ein Weltgericht gestellt werden, wegen schwerer Verbrechen gegen die Menschheit und gegen alles Leben auf der Erde.

Sage Keiner - er/wir hätten es nicht gewusst...

Hubert Kramar – Wien 12. März 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida,

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at